



# »Bildungspolitische Katastrophe«

Das neue Betreuungsgeld wird dazu führen, dass Migrantenkinder vermehrt zuhause bleiben

Von Jasmina Prpić

**A**m 6. November 2011 beschloss die Bundesregierung, ab 2013 allen Familien ein Betreuungsgeld zu zahlen, die ihre zwei- und dreijährige Kinder zuhause betreuen und damit keinen Platz in einer Kita in Anspruch nehmen. Von 2014 an soll der monatliche Betrag von 100 auf 150 € steigen.

»Eltern erhalten mehr Anerkennung für ihre Erziehungsleistung. Mütter und Väter kleiner Kinder haben künftig mehr Wahlfreiheit, das Familienleben so zu gestalten, wie sie selbst es für richtig halten«, so die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Parlament zu diesem Thema. In Wirklichkeit aber kann die Regierung die aus dem Koalitionsvertrag übernommene Verpflichtung, bis 2013 für alle Kinder Betreuungsplätze zu schaffen, nicht erfüllen und versucht über das Betreuungsgeld, Kinder finanziell bedürftiger Familien von den Kitas fernzuhalten.

Nach dieser Nachricht von Anfang November ließ der erste Anruf in unserem Verein Anwältinnen ohne Grenzen nicht lange auf sich warten.

## Ein Gespräch am Telefon

Anruferin: »Frau Prpić, stimmt es, dass wir ab dem nächsten Jahr für jedes Kind unter drei Jahren monatlich 100 € bekommen, wenn die Kinder zu Hause bleiben und nicht in die Kita gehen? Ich habe so etwas gehört, auch im Radio ist davon die Rede gewesen, aber ich konnte nicht alles richtig verstehen, deswegen rufe ich an.«

»Werden Sie sich selber um ihr Kind kümmern und es nicht in die Kita schicken, wenn es wirklich so ist?«, frage ich die Frau auf der anderen Seite der Telefonleitung. »Selbstverständlich«, antwortete sie. »Ich habe sogar zwei Kinder im Alter unter drei Jahren und noch

zwei ältere und bin sowieso zu Hause, warum sollte ich dann nicht die 200 € im Monat nehmen oder gar 300 €?«

»In welcher Sprache unterhalten Sie sich denn mit Ihren Kindern?« frage ich. »In unserer Sprache natürlich, denn deutsch kann ich nicht.«

»Und was meinen Sie, wie Ihre Kinder die deutsche Sprache lernen, wenn nicht in der Kita? Ohne Sprachkenntnisse wird es für sie schwer, Erfolg in Deutschland zu haben.«

Die Anruferin: »Die Kinder werden in der Schule deutsch lernen, bis dahin brauchen sie das sowieso nicht. Alles andere werden sie auch in der Schule lernen müssen.«

»Und meinen Sie nicht, dass die Kinder in der Schule Probleme haben werden, wenn sie nicht gut deutsch können?« will ich wissen.

Anruferin: »Wozu brauchen sie das? Meine beiden Ältesten sind 16 und 17 und sitzen zu Hause, weil sie keine Ausbildungsplätze bekommen haben und beide beherrschten Deutsch so gut, dass es für die Arbeit reicht. Die 200 € können wir jetzt gut gebrauchen und das ist im Moment das Wichtigste. Bis meine kleinen Kinder soweit sind, dass sie arbeiten gehen, vergeht noch viel Zeit. Aber 200 € im Monat wäre für uns alle wirklich eine große Erleichterung, also sobald es möglich ist, nehme ich das Geld, da können Sie sich sicher sein...« sagt am Schluss die Frau mehr zu sich selbst als zu mir.

Das Gespräch beschreibt eine Situation, die nur als bildungspolitische

Katastrophe bezeichnet werden kann. Sogar die ehemalige Familienministerin von der Leyen bezeichnete das Betreuungsgeld als »Katastrophe«. Diese frühere Einstellung hat sie jedoch

zur Schaffung von Kinderkrippen und Kindertagesstätten »freizukaufen«, wie die Opposition zu Recht kritisierte.

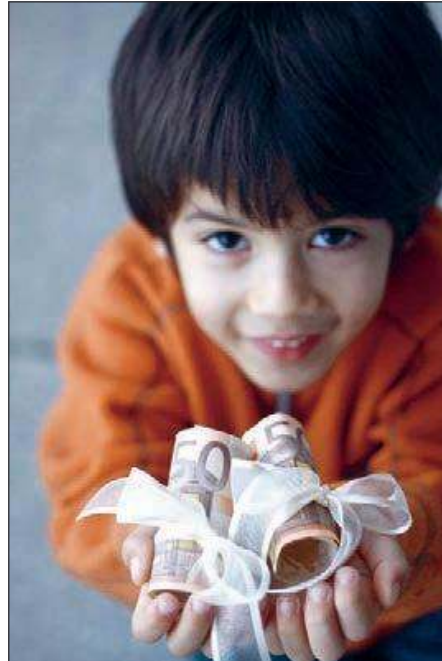
Durch die Zahlung eines Betreuungsgeldes wird eine Familien- und Erziehungsform gefördert, die insbesondere Kinder ausländischer Eltern von der deutschsprachigen Umgebung in Kindertagesstätten fernhält. Das Betreuungsgeld zementiert überdies die überkommene Rollenverteilung von Männern und Frauen. Zwar soll es von Müttern und Vätern gleichermaßen bezogen werden können, aber in der gesellschaftlichen Realität bleibt die Betreuung von Kleinkindern weitgehend in den Händen der Mütter.

## Auch Juristen haben Bedenken

Auch deshalb meinen viele Juristen, dass das Betreuungsgeld verfassungswidrig sei und sowohl gegen den Schutz der Familie nach Artikel 6, Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) als auch gegen den Auftrag zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nach Artikel 3, Abs. 2 GG verstoße.

Die Migrantenbeiräte sind also jetzt gefordert, sich bei diesem Thema zu engagieren und vielleicht auch eine Kampagne gegen eine solche für Migrantenkinder katastrophale Regelung in Erwägung zu ziehen. Erinnert sei auch an die Präambel der internationalen Frauenrechtskonvention (CEDAW), die seit der Ratifizierung im Jahr 1985 zu deutschem Gesetz geworden ist. Dort heißt es, »dass die Rolle der Frau bei der Fortpflanzung kein Grund zur Diskriminierung sein darf und dass die Kindererziehung eine Aufgabe ist, die sich Mann und Frau sowie die Gesellschaft insgesamt teilen müssen«.

■ Jasmina Prpić ist Vorsitzende des Vereins »Anwältinnen ohne Grenzen e.V.« und war Vorsitzende der Frauenkommission Migrantinnen- und Migrantenbeirats der Stadt Freiburg.



▲ Geld oder Betreuung?

Foto: Susanti Dewi

nicht daran gehindert, sich jetzt für eine solche Lösung stark zu machen.

Weil der Schulerfolg eines Kindes sehr stark von der familiären Herkunft abhängig ist, sollte Deutschland (mit 25 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund) ein großes Interesse daran haben, Kinder möglichst früh zu fördern. Dazu gehört vor allem, dass die deutsche Sprache erlernt wird. Statt dessen versucht jetzt der Staat, sich mit dem Betreuungsgeld aus seiner Verpflichtung

## Aufstehen gegen Rechtsextremismus!

Im Gedenken an acht Türken, einen Griechen und eine deutsche Polizistin

Selbst im 21. Jahrhundert gibt es noch Menschen, die aufgrund verstaubter Ideologien glauben, über Leben und Tod ihrer Mitmenschen entscheiden zu dürfen. Willkürlich und hemmungslos hat eine Neonazi-Zelle in Deutschland zehn Menschen getötet – neun davon, weil sie anders waren! Diese Menschen – und es waren Menschen, die ermordet wurden, und nicht

»Döner«, wie die Presse so oft schreibt – hinterlassen eine Lücke, als Mitmenschen, Partner, Kollegen, Eltern. Die bisherige Verharmlosung der rechten Szene ist nach den aktuellen Kenntnissen nicht mehr haltbar. Deutschland darf nicht vergessen, wir dürfen nicht vergessen, wie viele Menschen wegen dieser Ideologie ihr Leben verloren haben. Wie viele müssen noch folgen?

Hat die Gruppe womöglich Unterstützung von offiziellen Stellen bekommen? Der Verfassungsschutz jedenfalls hat die Opfer nicht geschützt. Wer würde uns schützen? **Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat der Stadt Freiburg verlangt eine umfassende Aufklärung der politischen Verantwortung und ruft die Zivilgesellschaft auf, sich aktiv gegen den Rechtsextremismus zu engagieren!**

